

Bizarrer Plan

Zwei Ex-Premiers bestimmen, wer Regierungschef wird.

Zenko Suzuki, 71, seit gut zwei Jahren Premier und Präsident der Liberaldemokratischen Partei (LDP), beschwor seinen Vorgänger, sein Nachfolger zu werden, „zum Wohle des Landes und zum Wohle der Partei“.

Takeo Fukuda, 77, Japans Ministerpräsident von 1976 bis 1978, zierte sich zunächst und nannte das Begehren gar einen „Witz“. Denn der einflußreiche Elder Statesman Fukuda war von der Regierungspartei LDP beauftragt, einen Nachfolger für den amtsmüden Suzuki zu finden. Aber dann: Warum nicht er selbst? So erklärte sich denn Fukuda bereit, Suzukis Nachfolge anzutreten.



Kandidat Nakasone
„Shogun im Schatten“

Der „bizarr Plan“ („Mainichi Shinbun“) wurde jedoch schon wenige Stunden darauf zunichte gemacht – von Fukudas Vorgänger.

Kakuei Tanaka, 64, Japans Premier von 1972 bis 1974, unbestritten mächtigster Politiker der LDP, obwohl er selbst seit fünf Jahren kein Parteimitglied mehr ist, legte sein Veto ein: Er war zuvor nicht konsultiert worden.

Die Wahl eines neuen LDP-Vorsitzenden und damit auch, da die LDP die absolute Mehrheit der Parlamentssitze hält, des Regierungschefs, wurde zur Farce, ehe noch der Wahlkampf begonnen hatte. Suzukis Rücktritt machte deutlich, wer in der japanischen Politik das Sagen hat: die beiden alten grantigen Männer Tanaka und Fukuda, die zwar derselben Partei angehören, sich aber



Kandidat Komoto: „Der nie lächelnde Prinz“

seit über einem Jahrzehnt erbittert befehlen.

Der „Kaku-Fuku-Krieg“ ist in Japan sprichwörtlich geworden. Beide Ex-Premiers sehen anscheinend ihre politische Hauptaufgabe darin, den jeweils anderen und dessen Vasallen von den Schaltstellen der Macht fernzuhalten. In dieser Schlacht hat Tanaka bislang deutliche Feldvorteile.

Als Suzuki Mitte Oktober bekanntgab, er werde bei der Wahl im November nicht wieder kandidieren, obgleich ihm der Sieg sicher gewesen wäre, brach der Krieg zwischen den LDP-Fürsten Tanaka und Fukuda wieder aus.

Die Feindschaft der beiden Alten verhinderte, daß, wie jahrzehntlang üblich, der scheidende Premier seinen Nachfolger einfach benennen oder der Ältestenrat der Liberaldemokratischen Partei einen neuen Chef auskurgeln konnte. Plötzlich standen mehrere Kandidaten bereit, Suzukis Platz einzunehmen – der Kaku-Fuku-Zwist weitete sich zu einem Stellvertreterkrieg aus.

Die Satzung der LDP schreibt vor, bei vier oder mehr Kandidaten müsse das Parteivolk in toto eine Vorauswahl treffen; die soll nun am 23. November stattfinden. Zwei Tage später sind dann die Parlamentsabgeordneten der LDP gefordert, unter den drei Erstplacierten ihren neuen Vorsitzenden und also Premier zu wählen.

Dem Votum der etwas mehr als einer Million LDP-Mitglieder stellen sich vier Politiker:

▷ Yasuhiro Nakasone, 64, genannt der „Wetterhahn“, weil er, wie „Mainichi Shinbun“ vorsichtig formulierte, „politische Trends vorhersehen und sich ihnen anpassen kann“. Seit 1959 gehörte Nakasone fast allen Kabinet-

ten an, und er war stets ein treuer Diener seines Herrn, Tanakas Mann: Im Akasaka Prince Hotel in Tokio eröffnete Nakasone seinen Wahlkampf im Beisein Tanakas, der ihm – die TV-Kameras liefen – großspurig und siegessicher auf den Hintern patschte. Der „Shogun im Schatten“ („Asahi“), Tanaka, schickte seinen Schatten ins Gefecht.

▷ Toshio Komoto, 71, genannt „der nie lächelnde Prinz“, Vertreter der in Japan raren Spezies Selfmade-man: Eine marode Reederei mit nur

zwei Schiffen, die „Sanko“, baute er zum größten Tankschiffahrtsunternehmen der Welt aus. Bei den Wählern deutlich beliebter als Nakasone, reichte Komoto Ende Oktober Klage gegen zwei Tokioter TV-Journalisten ein, die verbreitet hatten, er habe sich mit enormen Bestechungsgeldern die Unterstützung des Politikämpfers Fukuda erkaufte. Wie auch immer: Er ist Fukudas Wahl.

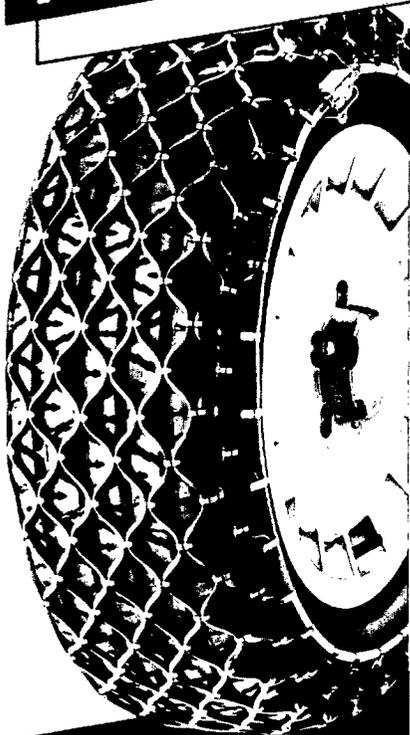
▷ Ichiro Nakagawa, 57, genannt „Nordmeer-Bär“, weil er von der Nordinsel Hokkaido stammt, Wissenschaftsminister unter Suzuki, liebt kernige Sprüche: „Japan braucht starke Führer wie Reagan oder Thatcher.“ Als Rechtsaußen seiner ohnehin rechten Partei, möchte Nakagawa kräftig aufrüsten. „Eine Beschmutzung des höchsten Organs der Staatsmacht“ nannten ihn sozialistische Abgeordnete diesen Sommer: Nakagawa war fotografiert worden, wie er im Garten des Parlaments urinierte.

▷ Shintaro Abe, 58, genannt „Prinz Melone“, weil, so heißt es im Funkhaus NHK, „auch die Melone weitgehend aus Wasser besteht“, in Suzukis Kabinett Außenhandelsminister, ist Fukudas politischer Kronprinz: Er soll dereinst Fukudas Parlamentsfraktion übernehmen. Mit 34 Jahren stieg der gelernte Journalist Abe in die Politik ein – als Sekretär des damaligen Premiers Nobusuke Kishi. Kishi, 86, ist Abes Schwiegervater und Fukudas politischer Mentor.

Yasuhiro Nakasone ist überzeugt, von Ende dieses Monats an Japans Ministerpräsident zu sein; Toshio Komoto desgleichen. Denn es ist wohl möglich, daß Komoto aus der Vorwahl als Sieger

YETI

bringt
Sicherheit
zur
Winterzeit



YETI – die Schneekette aus Reifengummi mit Kevlar und Stahl

- spurtreue und komfortable Fahrt – auch bei Fahrzeugen mit Frontantrieb
- schont Fahrgestell, Lenkung und Reifen
- spannt sich selbsttätig

Weitere Informationen durch:

Deutsche Calypsol
Calypsolgesellschaft
D-4000 Düsseldorf, Fringsstr. 20-26,
Tel. 0211-39 49 55, Telex 8 587 765

YETI ist ein Schweizer Qualitätsprodukt

hervorgeht. Schon einmal, 1980, hatte er sich einer solchen Abstimmung stellen wollen: Innerhalb weniger Wochen war die Zahl der stimmberechtigten LDP-Mitglieder um rund eine halbe Million hochgeschwollen – Komoto stand gut da. Noch heute behauptet die „Far Eastern Economic Review“ unwidersprochen, Komoto habe den Parteibeitrag (35 Mark) für etwa 400 000 neugewonnene LDPler selbst bezahlt. Ihre Stimme war ihm gewiß.

Andererseits weiß Nakasone, daß er, auch wenn er Komoto in allgemeiner Abstimmung unterliegt, bei der entscheidenden Wahl die Mehrheit der LDP-Abgeordneten hinter sich hat. Tanaka macht's möglich.

Deshalb hatte Takeo Fukuda vorgeschlagen, die Verlierer der Vorwahl sollten auf den Parlaments-Wahlgang verzichten: Sein Komoto wäre dann der Gewinner. Fukuda selbst hat einen Präzedenzfall geschaffen: 1978 unterlag er als amtierender Ministerpräsident seinem Parteisekretär Ohira, gleichfalls einem Tanaka-Protegé, in allgemeiner Abstimmung; er verzichtete auf Stichwahl und Regierungsamt.

Aber: Die zweite Wahl ist in den LDP-Statuten zwingend vorgeschrieben – so daß Nakasone die besseren Chancen hat. Denn die Entscheidung der einen Million LDP-Mitglieder ist „Volkes Stimme“, sagt Fukuda; die Entscheidung der 421 LDP-Abgeordneten ist die Stimme „von über 20 Millionen japanischen Wählern“, sagt Nakasone.

Dieses Durcheinander und Gegeneinander wäre kaum möglich, wenn Japans Liberaldemokraten eine politische Partei im herkömmlichen Sinn wären. Die LDP ist aber, schreibt die angesehene Zeitschrift „Japan Quarterly“, „eine Koalition politischer Fraktionen, ziemlich beispiellos in der Welt“.

Vor allem ist die LDP die Macht. Gewahrt wird sie von ihren Duodezfürsten, Tanaka an der Spitze, Fukuda dicht dahinter. Eine Handvoll Männer macht im Industriestaat Japan selbstherrlich Politik. 107 LDP-Abgeordnete sind ihrem parteilosen Herrn Kakuei Tanaka so bedingungslos treu ergeben wie in Feudalzeiten die Samurai ihrem Lehnscherrn.

Auf 87 Gefolgsleute stützt sich der gescheiterte Ministerpräsident Suzuki, 78 Vasallen hören auf das Wort des Takeo Fukuda. Jeder der vier Premier-Kandidaten gebietet über eine eigene Fraktion, ist somit eine Art Parteichef aus eigenem Recht: Nakasone ist stark mit 50 Gefolgsleuten; selbst Außenseiter Nakagawa hat noch elf Parlamentarier unter seiner Fuchtel.

Parlamentsabgeordneter in Japan zu werden, ist ein teures Unterfangen, etwa zwei Millionen Dollar, heißt es, kostet ihn der Wahlkampf. Das ist die Stunde der Fraktionsfürsten: Sie sorgen dafür, daß jeder seine Yen abbekommt.

Keiner im Nachkriegsjapan konnte das so gut wie Kakuei Tanaka. Er hält



Expremier Tanaka
10 000-Yen-Scheine im Schuhkarton

nicht nur seine Gefolgschaft mit kaum vorstellbaren Geldzuwendungen bei Laune, auch seine eigene Regentschaft erkaufte er mit Barem: Das ist die Grundlage des Kaku-Fuku-Krieges.

Premier Eisaku Sato, Friedensnobelpreisträger, Kishis Bruder, trat 1972 zurück. Daß ihr gemeinsamer Kronprinz Fukuda Nachfolger würde, galt als ausgemacht. Da kam Tanaka. Noch heute streiten sich Abgeordnete, ob die Bündel frischer 10 000-Yen-Scheine, mit besten Grüßen von Tanaka verteilt, in Schuhkartons kamen oder in Plastiktüten des Kaufhauses „Mitsukoshi“. „Wahr-



Expremier Fukuda
Entscheidung im Kaku-Fuku-Krieg

scheinlich beides“, urteilt die „Far Eastern Economic Review“. Tanaka ließ sich seine Wahl zum Premier etwa 20 Millionen Dollar kosten.

Fukuda rächte sich zwei Jahre später. Ein Bericht der Literaturzeitschrift „Bungei Shunju“ über Tanakas dubiose Finanzpraktiken leitete seinen Sturz ein. Das Material hatte der Reporter aus dem Finanzministerium erhalten – Fukudas Hausmacht.

Der Geschlagene schlug zurück: Fukuda selbst wurde als Premier gestürzt. Tanaka reklamierte den Sieg für sich, zu Recht.

Seit sechs Jahren muß sich Tanaka als Angeklagter vor Gericht verantworten (deshalb trat er pro forma aus der LDP aus) – er soll fünf Millionen Mark an Bestechungsgeldern von der amerikanischen Firma Lockheed angenommen haben, als er Premier war. Das Urteil wird Ende nächsten Jahres erwartet. Kaum jemand zweifelt daran, daß er schuldig gesprochen wird. Mindeststrafe: fünf Jahre Gefängnis.

Es ist deshalb vielleicht die letzte Wahl, die Tanaka in seinem Sinn beeinflussen kann. Nakasone soll's sein, weil Feind Fukuda auf Komoto setzt.

Es wäre falsch, zu glauben, schreibt Takashi Tachibana, der Reporter, der Tanaka in „Bungei Shunju“ entlarvte, daß ein Politiker nur mit Tanakas Stimme Premier werden könne, „aber ohne ihn ist jeder Politiker hoffnungslos verloren“.

Die „Asahi Shimbun“ sieht über den Fall Tanaka hinaus: „Die Fraktionen der LDP sind organisiert wie Banden. Ihr Charakteristikum sind blinder Gehorsam, gegenseitige Abhängigkeit und Irrationalität.“

VATIKAN

Gnom von Rom

Nach dem Skandal des Banco Ambrosiano sorgt sich der Vatikan um seine Spendeneinnahmen und um die Vatikanbank IOR.

Die beiden alten Herren, der eine Chef der Kirche, der andere Chef des Staates, sind sich freundschaftlich zugetan. Und so flog Papst Wojtyla, 62, denn auch spontan, verlaublich von der Vatikan, zum Mittagessen unter Freunden auf den nahen Landsitz von Präsident Pertini, 86, nach Castel Porziano.

In Wahrheit stand zwischen den beiden eine heikle Affäre: die 1,4 Milliarden Dollar Schulden des Mailänder Banco Ambrosiano, die das Verhältnis zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat auf die Probe stellen.

Nach Meinung des italienischen Schatzministers Beniamino Andreatta nämlich muß die Vatikanbank Istituto per le Opere di Religione (IOR) den

hohen Schuldenberg des Banco Ambrosiano abtragen, weil sie die abenteuerlichen Devisengeschäfte des Mailänder Geldinstituts jahrelang gedeckt habe.

Vatikanbankier Paul Casimir Marcinkus hatte dem Chef des Banco Ambrosiano, Roberto Calvi, sogar noch im Sommer 1981 – als die italienische Notenbank längst gegen das IOR ermittelte und Calvi bereits zu vier Jahren Gefängnis verurteilt war – Garantiebriefe ausgestellt, in denen Calvi bescheinigt wurde, daß das IOR für mindestens 20 Gesellschaften seines Imperiums bürgte.

Mit diesen und ähnlichen Garantiebriefen hatte sich Calvi, der im Juni dieses Jahres erhängt unter einer Themsebrücke aufgefunden wurde, bei 250 internationalen Bankhäusern (darunter 18 deutschen Geldinstituten) 1,4 Milliar-

weit höheren Preis kaufte seine Bank die Aktienpakete später wieder zurück. Die Preisdifferenz war nichts anderes als ein versteckter Kapitalexport.

Die Lire-Flucht ins Ausland funktionierte nur deshalb so reibungslos, weil das IOR als Bank des Vatikan-Staates nicht den strengen Kontrollen der italienischen Bankenaufsicht unterliegt. Eine Reihe einflußreicher Bürger und Politiker der Regierungspartei Democrazia Cristiana (DC) hatte auf diese Art und Weise ihr Vermögen ins Ausland geschafft.

Gegen Erzbischof Paul Casimir Marcinkus wird daher zur Zeit wegen Verdachts auf „Betrug unter erschwerenden Umständen“ ermittelt.

Der Papst hatte also einen wichtigen Grund, bei Staatspräsident Pertini gut



Johannes Paul II., Präsident Pertini: Heikle Affäre

den Dollar gepumpt, für die weder seine Bank noch seine über den Globus verästelte Holding Sicherheiten aufwies. Das Geld verschwand spurlos in dem Kartenhaus verschachtelter Briefkastenfirmen, die Calvi in Panama, Liechtenstein und den Bahamas gegründet hatte (SPIEGEL 32/1982).

Wann immer Calvi nicht genug Sicherheiten für seine dubiosen Geschäfte beibringen konnte, zog er das Schreiben mit dem päpstlichen Briefkopf aus der Tasche und brüstete sich: „Das Geld ist doch nicht für meine Banken, sondern läuft über die Schwelle von Sankt Peter.“

Seine Geschäfte wickelte der katholische Bankier jahrelang ungestört mit einem Ganoventrück ab: Calvi verkaufte Anteile an Unternehmen, die dem Banco Ambrosiano gehörten, an die Briefkastenfirmen seiner Holding. Zu einem

Wetter zu machen, zumal der christdemokratische Schatzminister Andreatta im italienischen Parlament Anfang Oktober warnte: „Es liegt in den Möglichkeiten des Heiligen Stuhls und des Parlaments, einzuschreiten.“

Der kühne Appell des katholischen Ministers, der Papst solle seiner Bank gebieten, die Calvi-Schulden zu begleichen, versetzte den konservativen Flügel der Democrazia Cristiana in helle Aufregung.

Außenminister Emilio Colombo: „Die Beziehungen zwischen Rom und dem Vatikan stehen auf dem Spiel.“ DC-Präsident Flaminio Piccoli hielt es gar für nötig, das politische Büro der Partei einzuberufen, um „das Verhältnis höchst besonderer Art“, das die DC zum Heiligen Stuhl unterhält, zu retten.

Kirche und Staat ringen seither um eine Kompromißlösung, an der auch